

4./XII. 1915

Die Volksernährung vor dem Haushaltsauschuß.

Der Haushaltsauschuß des Reichstags hat gestern bei der Beratung über die Fragen der Volksernährung noch keine Beschlüsse gefaßt.

Nach dem sozialdemokratischen Redner hob ein konservativer Abgeordneter hervor, daß wir auskommen werden, solange die Erzeugung im Lande nicht zurückgeht. Die Erhebungen sind nicht ganz zuverlässig. Es muß vermieden werden, daß weniger intensiv gewirtschaftet wird. Infolge der Verfütterung von Futterrüben ist die Rübenablieferung an die Zuckerraffinerien gegen die Vorjahre etwas zurückgeblieben. Der Rückgang der Produktion an Butter und Fetten ist nicht allein auf das Mißverhältnis zwischen Erzeugungs- und Verwertungspreis zurückzuführen. Der beste Regulator des Verbrauchs sind, wie der Volkswirtschaftler Richard Calwer ausgeführt hat, die Preise. Die Futtermittelpreise sind unverhältnismäßig höher gestiegen als die Preise für Vieh und Fleisch. Die Produktion eines Liters Milch kostet heute 15 Pf. mehr als in normalen Zeiten. Auf dem Gebiete der Kartoffelversorgung hätte ein Uebereinkommen mit den zuständigen Landwirtschaftskammern gute und billige Versorgung bewirkt, man hat aber im letzten Moment eine Beschlagnahme für nötig erachtet. Wenn nur die genügenden Eisenbahnwagen bestellt wären, so hätte im Westen eine Kartoffelknappheit nicht bestanden. Von Ausnahmefällen abgesehen, sind Kartoffeln zum Zweck von Preistreibern nicht zurückgehalten worden. Eine Ursache der Preissteigerung liegt auch darin, daß im allgemeinen innerhalb des Landes mehr verdient werde. Der Redner sah seine Ausführungen dann zusammen, daß die notwendigen Lebensmittel zu angemessenen Preisen zur Verfügung gestellt werden müssen, die Produktion aber nicht gestört werden dürfe.

Nach der Mittagspause führte ein zweiter sozialdemokratischer Redner aus, daß ein Rückgang der landwirtschaftlichen Produktion zweifellos ein Unglück sein würde. Gewiß muß der Verkauf der landwirtschaftlichen Erzeugnisse die Kosten decken, zu bekämpfen sind nur ungerechtfertigte Preise. Aber Unzufriedenheit bekämpft man auf die Dauer nicht durch Preiszensur, sondern durch Beseitigung der Ursachen. Die Vorräte reichen, wie uns von der Regierung dargelegt wurde, aus, aber es muß nun auch für richtige Verteilung und mäßige Preise gesorgt werden. In dieser Hinsicht hat es das Reichsamt des Innern noch fehlen lassen. Es ist unrichtig, daß die Städte bei den Kartoffeln zu wählerisch seien, sie wollen nur genießbare Kartoffeln. Bei allen Maßnahmen der Regierung sind die großen Vermittler und die großen Unternehmungen immer sehr gut weggekommen. Der spekulative Zwischenhandel muß ausgeschaltet und die Kartoffelversorgung in die Hände der Gemeinden gelegt werden. Man sollte die Landwirte dadurch zur Hergabe ihrer Vorräte veranlassen, daß man für das Frühjahr niedrigere Preise festsetzt als jetzt. Der Reichstag darf nicht ausgeschaltet werden; er muß die Stellung des Staatssekretärs des Innern gegenüber gewissen einzelstaatlichen Einflüssen stärken.

Der Staatssekretär führte zur Frage der Meinungsverschiedenheiten zwischen Reichsleitung und preussischer Landwirtschaftsverwaltung aus, daß die Meinungen über das Richtige und Notwendige verschieden seien; wenn das preussische Landwirtschaftsministerium einen größeren Schutz der Produzenten für notwendig halte, so tue es nur seine Pflicht. Es sei darauf angekommen, die Monopolisierung der Kartoffeln in den Gemeindeverwaltungen zu sichern. Das sei durch die Verordnung vom 25. September dieses Jahres geschehen.

Ein Zentrumsabgeordneter hob gleichfalls die Notwendigkeit hervor, die Verteilung richtig einzurichten. Das Volk müsse den ersten Willen sehen, daß alles geschähe, um die Lebensmittel ausreichend und zu erschwinglichen Preisen zu beschaffen. Der Staatssekretär möge offen sagen, wo die Widerstände liegen und ob die Verhandlungen mit den Einzelstaaten so glatt verlaufen seien, wie dies im Kriege nötig ist. Die fleischlosen Tage müßten bestehen bleiben, denn durch sie werde auch jenen Bevölkerungskreisen begreiflich gemacht, daß Krieg ist, die sich bisher nicht eingekränkt haben. Die Schweinepreise seien so geregelt, daß sehr bald eine bessere Versorgung der Städte mit Fleisch eintreten werde. Die Versorgung mit Futtermitteln ist äußerst wichtig. Ob die Bereitstellung von 100 Millionen zur Schweinemästung der richtige Weg sei, müsse sich noch zeigen.

Der Staatssekretär erklärte: Nicht Einzelne seien an den Schwierigkeiten schuld, sondern die vorliegenden Verhältnisse. Bei allen Instanzen hätten die Erfahrungen des Vorjahres dazu geführt, besonders vorsichtig zu sein. Diejenigen, die sich entschieden gegen einschneidende Maßregeln wehrten, beriefen sich gerade auf die Erfahrungen des Vorjahres. Die Städte haben von den Vollmachten der Septemberverordnung teilweise erst Gebrauch gemacht, als sich die Möglichkeit ergab, sich freihändig zu versorgen. Der Bundesrat habe ihn, den Staatssekretär, nach Kräften unterstützt, was er ausdrücklich dankend anerkenne. Die Schwierigkeit liege darin, daß es sich nicht nur um Ernährungsfragen, sondern auch um psychologische Fragen handele, was man noch nicht allgemein erfasst habe.

Der Präsident der Reichsgetreidekette und Unterstaatssekretär im preussischen Finanzministerium bezeugte die Bedenken des Zentrumsredners gegen die Bereitstellung von Mitteln zur Schweinemästung als nicht begründet. Diese Maßnahme sei nötig, um die Mästung von Fettschweinen zu sichern, damit Fett gewonnen werde.

Ein weiterer sozialdemokratischer Redner bemängelte, daß der Bundesrat seine Verordnungen nicht immer mit der erwünschten Schnelligkeit erlassen habe; es sei allgemein bekannt, daß der Widerstand vielfach in Preußen lag. Hierdurch könnte gegebenenfalls die Frage einer Verfassungsänderung aktuell werden. Man müsse fordern, daß eine ebenso umfassende Organisation wie für das Brot auch für Milch, Butter und Fleisch geschaffen werde. Die fleischlosen Tage nützen nicht soniel, wie der Zentrumsredner annehme. Wenn auch die Futtermittel knapp seien, so dürften doch immerhin Fettschweine vorhanden sein, die man jetzt schon abschlachten könne. Auf dem Gebiet der Butterversorgung sei Bayern vorbildlich, das den Preis auf 2 M. festsetzen konnte gegen 2,55 in Norddeutschland. Die Bestimmung, daß nur Kartoffeln von Gütern über 10 Hektar beschlagnahmt werden können, beruhe dem Vernehmen nach auf einem Kompromiß mit dem Landwirtschaftsminister. Unbegründet sei der Vorwurf, daß die Städte zu wählerisch seien. Leider seien Kartoffeln für Frankfurt infolge Verzögerung der Verladung erstoren. Es müßte eben vollendete Ordnung geschaffen werden, und dies dürfe weder durch einen Mangel an Entschlußkraft, noch durch äußere Widerstände verhindert werden.

Der Staatssekretär erwiderte, daß es für das Ueberschußland Bayern viel leichter war, die Butterfrage zu regeln, als für die Zuschußbezirke. Pommern, das gleichfalls ein Ueberschußgebiet ist, hat es so gemacht, wie Bayern, und der Erfolg davon ist, daß Berlin jetzt eine Butterknappheit hat. Die Reichsregierung erwägt eine Regelung nach der Richtung, daß größere Molkereien einen Teil ihrer Erzeugung für die Zuschußbezirke abgeben.

Nächste Sitzung: Sonnabend vormittag 10 Uhr.